

Vorlage Nr. XI 7/2024		
für die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

Sachstandbericht zu Themen in der IRLS

A Problem

In vorangegangenen Vorlagen (zuletzt XI 8/2023) wurden unter anderem über die Sachverhalte der Einsatzzahlensteigerung in der Integrierten Regionalleitstelle Unterwese-Elbe (IRLS) sowie das Projekt Telenotfallmedizin und weitere Maßnahmen, die derzeit im Zusammenhang mit der IRLS bearbeitet werden und Informationscharakter aufweisen, berichtet. Es wurde von der Feuerwehr zugesagt, fortlaufend über diese Themen zu berichten.

B Lösung

Sachstand Entwicklung Einsatzzahlen und Gutachten

Die für 2023 erhobenen Einsatzzahlen für die IRLS weisen vergleichsweise zu 2022 eine Stagnation auf.

Einsatzart	Anzahl
2023	136.245
2022	138.672
2021	119.067
2020	105.400
2019	108.517
2018	109.175
2017	105.931
2016	93.089

In der Vorlage I 56/2022 wurde darauf hingewiesen, dass auf Grundlage der vertraglichen Regelungen und auf Basis der bewerteten Einsatzzahlen eine Organisationsuntersuchung und ein anschließendes Personalbemessungsgutachten beauftragt werden soll. Das Gutachten liegt mit Stand 26.03.2024 in der Endfassung vor. Die Kostenträger sowie beteiligte Ämter und Organisationen sind informiert. Der aus dem Gutachten heraus entstandene notwendige Stellenmehrbedarf wurde durch die Feuerwehr bei den Stellenplananträgen zum Haushalt 2024/2025 berücksichtigt.

Sachstand Projekt Telenotfallmedizin

In der Vorlage XI 8/2023 wurde bereits angedeutet, dass die Stadtgemeinde Bremen in Bezug auf das Projekt Telenotfallmedizin eine kommunale Vereinbarung mit der Feuerwehreinsatz- und Rettungsleitstelle in Goslar anstrebt. In diesem Zusammenhang ist es geplant, noch in diesem Jahr zeitweise einen Telenotarzt/eine Telenotärztin über die Feuerwehr- und Rettungsleitstelle Bremen einzusetzen. Da eine sogenannte 24/7-Bereitschaft durch Bremen

mittelfristig nicht sichergestellt werden kann, ist es angedacht, die fehlenden Zeiten durch einen Telenotarzt/eine Telenotärztin über die IRLS zu stellen. Hierzu stehen die Feuerwehr Bremerhaven und die Feuerwehr Bremen derzeit im Austausch.

Sachstand Projekt A- KTW

Wie in vorangegangenen Vorlagen ebenfalls berichtet, wurde im 2. Quartal 2023 ein sog. A-KTW (Akut-Krankentransportwagen) in die Rettungskette eingebunden, um der Steigerung von niedrigschwelligen Notfall-Einsätzen mit Auswirkung auf den Notfallbereich entgegenzuwirken (dadurch derzeit keine Erweiterung der Vorhaltung des Rettungsdienstes nötig). Dieses von den privaten Leistungserbringern im Krankentransport besetzte Einsatzmittel wird durch die IRLS disponiert und übernimmt Einsätze, die keine Zeitdringlichkeit haben und nicht die hochwertige Ausstattung sowie das hochqualifizierte Personal eines Rettungswagens (RTW) benötigen, aber eine höhere medizinische Versorgungsmöglichkeit als die eines regulären KTW ermöglichen. Die Abrechnung dieses Einsatzmittels erfolgt in Form einer Direktabrechnung zwischen den Krankentransportunternehmen und den Krankenkassen. Nach fast einem Jahr kann aus Sicht der Feuerwehr eine positive Bilanz gezogen werden. Die zum Ziel gesetzten Zahlen und Veränderungen wurden erreicht. Auch ist weiterhin die Akzeptanz in den betroffenen Bereichen (u. a. Rettungsdienst, IRLS, Krankentransportunternehmen, Kliniken etc.) nach Kenntnis der Feuerwehr gegeben. Da das Projekt A- KTW unter den § 30b Experimentierklausel des Bremisches Hilfeleistungsgesetzes (BremHilfeG) fällt, bedarf es einer Evaluation, um eine Fortführung über den Experimentierzeitraum hinaus zu ermöglichen. Hierfür werden in den kommenden Monaten Daten und Fakten aufbereitet und mit entsprechenden Begründungen eine Fortführung beantragt.

Die Zahl von Transportverweigerungen (Ablehnung des Transportes durch den Patienten) ist weiterhin relativ hoch und damit die Refinanzierung des Einsatzmittels gefährdet. Es soll versucht werden, gemeinsam mit den Kostenträgern eine Lösung zu erarbeiten.

Sachstand Ausschreibung „Ersatzbeschaffung Funk- und Notrufabfragetechnik“

Die sog. „Funk- und Notrufabfragetechnik“ ist neben dem „Einsatzleitreechner“ eine der wichtigsten Komponenten in der IRLS. Die Funk- und Notrufabfragetechnik wird auch als Kommunikations-Management-System (KMS) bezeichnet. Aufgrund der abgängigen Technik wurde ein Fachplaner zur Erstellung des Leistungsverzeichnisses und einer Kostenanalyse beauftragt. (vgl. vorangegangene Vorlagen). Die finalisierten Unterlagen, die für das Vergabeverfahren notwendig sind, liegen mit Stand vom 23.04.2024 vor. Die weiteren Schritte für den Vergabeprozess werden nun zeitnah initiiert. Aufgrund dessen, dass sich zwischenzeitlich neue Informationen zu technischen Gegebenheiten im Kontext zur notwendigen BOS-Digitalfunkanschaltung des Landes Bremen ergeben haben, wird das Vergabeverfahren nicht in einer europaweiten Ausschreibung münden, sondern in einem Verhandlungsverfahren mit einem Anbieter. Begründet ist diese Vergabeart, da technisch nur ein Anbieter infrage kommt. Zur rechtssicheren Abwicklung des Vergabeverfahrens wurde ein beratender Rechtsbeistand eingebunden. Die Finanzierung der Investition wird über den Wirtschaftsbetrieb Rettungsdienst sichergestellt. Der Vergabe- und Beauftragungsprozess wird nicht, wie bisher angenommen im I. Quartal 2024, sondern voraussichtlich Ende des II., spätestens zu Beginn des III. Quartals abgeschlossen sein.

C Alternativen

Keine, die empfohlen werden kann.

D Auswirkungen des Beschlussvorschlags

Mit der Beauftragung der Organisationsuntersuchung und des daraus folgenden Personalbemessungsgutachtens ergeben sich finanzielle Auswirkungen, die über den Wirtschaftsbetrieb Rettungsdienst abgerechnet und im Weiteren anteilig von dem Haushalt der Feuerwehr getragen werden. Personalwirtschaftliche und weitere finanzielle Auswirkungen (z. B. technische Maßnahmen etc.) können die Ergebnisse der Untersuchung und des Gutachtens und die daraus umzusetzenden Maßnahmen verursachen. Konkrete Kosten können derzeit noch nicht quantifiziert werden.

Mit der Beschaffung des neuen Kommunikations-Management-System (KMS) ergeben sich finanzielle Auswirkungen, die über den Wirtschaftsbetrieb Rettungsdienst abgerechnet und im Weiteren anteilig von dem Haushalt der Feuerwehr getragen werden. Konkrete Kosten können derzeit noch nicht quantifiziert werden.

Mit der Umsetzung der Einführung eines A- KTW haben sich keine finanziellen Auswirkungen für den städtischen Haushalt ergeben, da die entstandenen Kosten zur Erweiterung der technischen Ausstattung über den Wirtschaftsbetrieb Rettungsdienst abgerechnet und im Weiteren von den Kostenträgern getragen werden.

Es ergeben sich gegenwärtig keine Anhaltspunkte für klimaschutzzielrelevante Auswirkungen. Eine Genderrelevanz besteht nicht. Besonders Belange von ausländischen Mitbürger:innen, Menschen mit Behinderung oder des Sports sind nicht betroffen. Eine besondere örtliche Betroffenheit eines Stadtteils kann nicht festgestellt werden.

E Beteiligung/Abstimmung

Keine.

F Öffentlichkeitsarbeit/Veröffentlichung nach dem BremIFG

Gegen eine Veröffentlichung nach dem BremIFG bestehen keine Bedenken.

G Beschlussvorschlag

Der Ausschuss nimmt den Sachstand zur Entwicklung der Einsatzzahlen, den Sachstand zum Projekt Telenotfallmedizin, den Sachstand zur Einführung eines A- KTW sowie zum Sachstand Ausschreibung „Ersatzbeschaffung Funk- und Notrufabfragetechnik“ in der IRLS zur Kenntnis.

Skusa
Stadtrat